



Thilo Hoppe

Mitglied des Deutschen Bundestages



Uwe Kekeritz

Mitglied des Deutschen Bundestages



Ute Koczy

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den

Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Guido Westerwelle
Auswärtiges Amt

und den

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Dirk Niebel
BMZ – Dienstsitz Berlin
Postaustausch

Berlin, den 10.04.2012

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Westerwelle, sehr geehrter Herr Minister Niebel,

wir wenden uns an dieser Stelle erneut an Sie, um auf die fortbestehende Problematik des Palmölprojekts des US-Hedgefonds Blackstone Group bzw. seiner Tochterfirmen Herakles Farms und Sithe Global Sustainable Oils Cameroon (SG-SOC) im Südwesten Kameruns hinzuweisen. Die von uns gemeinsam geforderte Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie, die inzwischen durchgeführt wurde, ist qualitativ unzulänglich, da sie die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt nicht umfassend genug bewertet. Besonders brisant wird dieser Umstand vor dem Hintergrund der nahestehenden Unterzeichnung des Leasing-Vertrags zwischen dem kamerunischen Präsidenten und der Firma Herakles Farms im Mai.

Die Unzulänglichkeiten der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (ESIA) werfen weitere gravierende Zweifel am Mehrwert des Vorhabens für die ansässige Bevölkerung auf. Die in der Verträglichkeitsprüfung dargelegte Schaffung von ca. 8.000 Arbeitsplätzen muss im Kontext der hohen Beschäftigung der südwestkamerunischen Bevölkerung in der

Landwirtschaft gesehen werden, in den Kleinbäuerinnen und -bauern in einer nur aus Ölpalmen bestehenden Umgebung keine Zukunftsperspektiven hätten. Eine mögliche Alternativbeschäftigung auf der Plantage würde zu starken Abhängigkeiten bei schlechten Arbeitskonditionen führen. Die durch die Plantagen vernichteten Einkommensmöglichkeiten müssen mit den angeblich 8.000 neuen Arbeitsplätzen gegengerechnet werden. Den Bewohnerinnen und Bewohnern der betroffenen Gebiete wurde keine Möglichkeit zur Partizipation in der Planung des Vorhabens geboten, obwohl die Umsetzung der Planung ihren Lebens- und Arbeitsraum beträfe. Dies wird in der Prüfung nicht hinterfragt, hätte jedoch bei einer Vertragslaufzeit von 99 Jahren dramatische Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft, Ernährung und Kultur der Menschen.

Des Weiteren wird im Dokument nur marginal auf die Probleme der Wilderei oder der Landnahme eingegangen. Pläne zum konkreten Vorgehen gegen diese Realitäten und andere Aspekte des Naturschutzes werden nicht diskutiert. NROs wie SAVE konstatieren außerdem, die Artenerfassung der Verträglichkeitsprüfung sei mangelhaft und keineswegs repräsentativ. Die Konsequenzen der mindestens 60.000 Hektar großen Plantage für Flora und Fauna sind somit in ihrem Ausmaß im Dokument der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht greifbar.

Auch das bisherige Verhalten der Blackstone Tochterfirmen bereitet Grund zur Sorge. Den von einem Gericht im Jahr 2011 gegen SG-SOC bewirkten Strafzahlungen sowie einem Baustopp wurde seitens der Firma nicht nachgekommen. Im Gegenteil werden weiterhin ungeachtet des Protests der lokalen Bevölkerung Fakten geschaffen.


Vor dem Hintergrund dieser neuesten Entwicklungen bitten wir Sie daher, im Austausch mit den kamerunischen Partnerinnen und Partnern schnellstmöglich und vehement darauf hinzuweisen, dass ein Vertrag mit den Blackstone Töchtern basierend auf der vorliegenden Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung keinesfalls unterschrieben werden darf. Gerade mit Blick auf unsere bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen wäre ein Einlenken der Regierung Kameruns von enormer Bedeutung.

Wir danken Ihnen an dieser Stelle für die bereits unternommenen Bemühungen für die effektive Einhaltung von menschenrechtlichen, ökologischen und sozialen Kriterien während des Plantagenbaus und hoffen gerade mit Blick auf diesen Einsatz auf weiteres Engagement in dieser Frage. In diesem Zusammenhang bitten wir Sie, auch auf europäischer und

internationaler Ebene das Thema der Laufzeiten der Leasingverträge zu problematisieren. Die langen Vertragslaufzeiten sind unverantwortlich und schaffen Abhängigkeiten, die einer selbstbestimmten Entwicklung der Länder diametral entgegenstehen.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns über Ihre weiteren Bemühungen und Ihre aktuellen Erkenntnisse zu diesem Fall auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen,



Thilo Hoppe



Uwe Kekeritz



Ute Koczy